

INHALT

1. CDU wirft Innenminister Studt Hilflosigkeit vor
2. CDU: Haushaltsüberschuss kann über falsche Prioritätensetzung nicht hinwegtäuschen
3. Flutopfer Lauenburg müssen weiter auf Fluthilfe warten
4. CDU-Fraktion fordert Übertragung der Autobahnplanung an DEGES
5. Franzen: Bildungsministerin blendet Probleme konsequent aus
6. Justiz hat mit aktueller Belastungssituation zu kämpfen

15.01.2016

CDU wirft Innenminister Studt Hilflosigkeit vor
Kein Konzept gegen steigende Einbruchskriminalität durch Banden vom Balkan und Osteuropa



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Beherrschendes Thema dieser Woche war die Einbruchskriminalität. Über das Wochenende sickerten alarmierende Zahlen durch. Am Dienstag legte die CDU-Fraktion einen Antrag für die kommende Landtagssitzung vor (Link siehe unten). Darin forderte sie unter anderem eine Task-Force Einbruchskriminalität und ein gemeinsames Lagezentrum mit Hamburg, sowie eine Verschärfung des Strafrechts in diesem Bereich.

Nachdem Innenminister Studt zu Beginn der Woche eine Stellungnahme abgelehnt und auf die Veröffentlichung der Statistik im kommenden März verwiesen hatte, räumte er in einer eilig anberaumten Pressekonferenz am Mittwoch einen deutlichen Anstieg der

Einbruchskriminalität ein. Im Jahresvergleich sind die Fallzahlen um mehr als 1000 gestiegen. Ein Großteil dieser Taten geht nach seiner Aussage auf Banden vom Balkan und Osteuropa zurück. Nur 26 von 221 der in den Focus genommenen Tätern sind deutsche Staatsbürger. 80 haben Asylanträge gestellt – viele davon laut offiziellen Angaben erst nach ihrer Festnahme. Bereits im November 2015 wurde demnach eine „Arbeitsgruppe straffällige Zuwanderer“ eingerichtet. Der Innenminister lehnte explizit die CDU-Vorschläge ab und sagte, mit herkömmlichen Mitteln des Strafrechts und der Polizeiarbeit ließe sich keine Reduzierung der Fallzahlen erreichen. Er setze darauf, straffällig gewordene Ausländer schnell abzuschieben.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, und Innenexperte Dr. Axel Bernstein warfen Studt vor, die Öffentlichkeit seit Monaten über die Straffälligkeit von Zuwanderern getäuscht zu haben. Darüber hinaus habe Studt offensichtlich kein Konzept, um dieses Problem zu lösen. „Klar ist: die Fallzahlen steigen, die Aufklärungsquote sinkt, es findet eine Verdrängung aus Hamburg nach Schleswig-Holstein statt. Und der Innenminister lehnt selbst nach dieser Ohnmachtserklärung des Rechtsstaates alle CDU-Vorschläge als unnötig ab, ohne eigene Maßnahmen vorzustellen“, betonte Bernstein.

Studts Plan der beschleunigten Abschiebung sei in Schleswig-Holstein völlig untauglich, betonte die flüchtlingspolitische Sprecherin Astrid Damerow. Dies gehe aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage von ihr hervor (Link siehe unten). Demnach erfasst die Landesregierung nicht einmal, wie viele rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber einer angeordneten Ausweisung nicht nachkommen. Lediglich über geschätzt etwa 500 „stornierte Maßnahmen“ - zumeist Flüge – konnte das Innenministerium Auskunft geben. Weshalb die Maßnahmen storniert wurden, konnte die Regierung nicht sagen. „Studts Ministerium weiß nicht einmal, in wie vielen Fällen sich abzuschiebende Personen der Abschiebung entzogen haben. Kein Wunder, dass die Polizei immer wieder Serientäter aufgreift“, sagte Damerow.

CDU-Fraktionschef Daniel Günther warf Innenminister Studt am Freitag Nachmittag Hilflosigkeit vor. „Innenminister Studt wirkt nur noch hilflos. Dabei wäre es in dieser Lage seine dringendste Aufgabe, den Menschen Sicherheit zu vermitteln. Offensichtlich fänden SPD, Grüne und SSW in dieser wichtigen Frage der inneren Sicherheit keine einheitliche Linie.

Link zum Antrag Einbruchsdiebstahl:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/16-01-08-Einbruchsdiebstahl.pdf>

Link zur Kleinen Anfrage Abschiebungen:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2016-01-15_rueckfuehrung.pdf

CDU: Haushaltsüberschuss kann über falsche Prioritätensetzung nicht hinwegtäuschen Heinold verkündet 187 Millionen Euro Plus in der Landeskasse

Finanzministerin Heinold konnte am vergangenen Montag ein Haushaltsplus von 187 Millionen Euro für das Jahr 2015 verkünden. Davon will die Regierungskoalition 87 Millionen in die Schuldentilgung fließen lassen; 100 Millionen Euro sollen vorzeitig für das geplante Investitionsprogramm IMPULS, das nach Rot-Grün-Blau ursprünglich erst 2018 beginnen sollte, ausgegeben werden.

CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch rechnete vor, dass nur durch diesen Haushaltsüberschuss die Regierungskoalition erstmals über den Investitionsausgaben der CDU-geführten Vorgängerregierung liegen wird. „Es ist eigentlich unvorstellbar. SPD, Grüne und SSW brauchen 1,65 Milliarden Euro Mehreinnahmen, um an die Investitionen des Jahres 2012 heran zu kommen. Die Geldentwertung ist dabei noch nicht berücksichtigt. Das zeigt, wie falsch die

Prioritätensetzung der Albig-Regierung ist“, betonte Koch.

Schleswig-Holstein profitierte im Jahr 2015 von der bundesweit günstigen Einnahmeentwicklung und den kräftig gestiegenen Steuereinnahmen. Allein Bundesfinanzminister Schäuble meldete in dieser Woche für den Bund einen Etat-Überschuss von 12,1 Milliarden Euro.

Mit Blick auf den Landeshaushalt mahnte CDU-Finanzpolitiker Tobias Koch nicht in Euphorie zu verfallen. Der Haushaltsüberschuss sei nicht das Ergebnis sorgsamer Haushaltspolitik, sondern vor allem dem Glück geschuldet.

„Wir alle können über die noch einmal deutlich gestiegenen Steuereinnahmen nur froh sein. Im Vergleich zu 2012 verfügt die Albig-Regierung nun über zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro pro Jahr. Ich mag mir nicht vorstellen, welche Auswirkungen die aktuelle Flüchtlingskrise in einer konjunkturellen Delle haben würde“, unterstrich Koch.



CDU-Finanzexperte Tobias Koch

Flutopfer Lauenburg müssen weiter auf Fluthilfe warten Landesregierung hat ein Drittel der Anträge immer noch nicht abschließend bearbeitet

Nach der Elbeflut im Jahr 2013 wurde den Betroffenen in Lauenburg von Ministerpräsident Torsten Albig schnelle und unbürokratische Hilfe versprochen. Als erboste Geschädigte diese vergangenen Sommer öffentlich einforderten, sagte Staatssekretär Müller-Beck eine abschließende Bearbeitung bis Ende 2015 zu.

Auf Anfrage von Landtagspräsident Klaus Schlie und CDU-Fraktionschef Daniel Günther (siehe Link) musste die Landesregierung jetzt einräumen, dass über ein Drittel der Anträge von Privatpersonen immer noch nicht entschieden wurde. Gleiches gilt für 18 der 33 Anträge der Stadt Lauenburg. „Das ist wirklich ein Armutszeugnis“, sagte Günther dazu in Kiel.

Die Landesregierung sieht die Verantwortung für die schleppende Bearbeitung allein bei den Antragstellern. Erneut versucht die Albig-Regierung, die Schuld für ihr eigenes Versagen abzuschieben. Dieser erbärmliche Stil soll nur vom Wortbruch des Staatssekretärs Müller-Beck ablenken“, so der CDU-Fraktionschef.

Link zur Anfrage der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3600/drucksache-18-3675.pdf>

CDU-Fraktion fordert Übertragung der Autobahnplanung an DEGES Meyer und Habeck nehmen im Wirtschaftsausschuss zum Adlerhorst Stellung

In dieser Woche nahmen auf Antrag der CDU-Fraktion Verkehrsminister Meyer und Umweltminister Habeck zum vor Weihnachten aufgeflamnten Streit um Planungsverzögerungen bei der A 20 in Folge eines Adlerhorstfundes Stellung. Meyer korrigierte seine Aussage – der Adlerhorst sei nun doch nicht für eine zweijährige Planungsverzögerung verantwortlich. Vielmehr sei er der erste Dominostein. Durch den Fund habe der Planfeststellungsbeschluss nicht Ende 2015 erfolgen können. Deswegen seien nun Gutachten veraltet, die neu angefertigt werden müssten.

Habeck betonte, seines Erachtens nach hätte der Adlerhorst innerhalb weniger Monate in die Planänderung eingearbeitet werden können. Dies war besonders deshalb relevant, weil seine Landesbehörde im Mai von dem Fund in Kenntnis gesetzt wurde. Erst im August erreichte die Information die zuständige Planungsbehörde. Nach einem Fachgespräch im November war es dann für eine Einarbeitung zu spät.

CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp warf Meyer daraufhin Versagen vor: „Wenn der SPD-Minister seine Planungsbehörde im Griff hätte, dann wäre der Seeadlerhorst in wenigen Monaten eingearbeitet worden.“ Wieder würden Millionen Euro an Steuergeldern in den Sand gesetzt. Und die Menschen stünden weiter im Stau vor der Elbe.

Als einzige Konsequenz will die Landesregierung eine Ad-Hoc-Arbeitsgruppe beider Ministerien einrichten. Diese soll für einen besseren Informationsfluss sorgen. Das reicht der CDU-Fraktion nicht. Fraktionschef Günther forderte, die Planung der gesamten Autobahnen des Landes an die Projektgesellschaft DEGES zu übertragen. Denn Planung und Bau funktionierten in Schleswig-Holstein genau in den von der DEGES zu verantwortenden Abschnitten.

„Meyer redet sich entweder mit dem Naturschutzrecht oder mit fehlenden Geldern heraus. Dabei sind beispielsweise für den Adlerhorst-Abschnitt die nötigen Gelder seit drei Jahren eingeplant. Und andere Länder demonstrieren ebenso wie die DEGES, dass man in Deutschland nach geltendem Recht Autobahnen bauen kann. Nur Meyer kriegt das nicht hin. Ihm würde doch niemand mehr auch nur die Planung einer Sandburg am Nordseestrand übertragen.“, so Günther.



Hans-Jörn Arp, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Franzen: Bildungsministerin blendet Probleme konsequent aus CDU fordert: Unterrichtsausfall muss bei der Qualitätsentwicklung berücksichtigt werden

Am Montag (11. Januar 2016) stellte Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) einen Bericht und geplante Maßnahmen zur schulischen Qualitätsentwicklung vor. Für den neuen „Schul-TÜV“ - der Schulfeedback genannt werden soll – haben sich bislang weniger als zehn Schulen angemeldet.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Franzen, warf Ernst vor, mit dem Unterrichtsausfall das zentrale Problem auszublenden. „Es ist kein Wunder, dass an dem Placebo Schulfeedback nur eine handvoll Schulen teilnimmt. Die Kollegien sind trotz akuten Lehrermangels mit der Integration von Flüchtlingen in den Unterricht beschäftigt, während sie noch die Folgen der jüngsten rot/grün/blauen Bildungsreformen abfedern müssen“, so Franzen.

Die CDU-Abgeordnete kritisierte weiter, dass keine kurzfristigen Maßnahmen zum Erreichen des Ziels der 100-prozentigen Unterrichtsversorgung geplant seien. Auch zur Behebung des Fachlehrermangels in den MINT-Fächern und an den beruflichen Schulen habe Ernst nichts verlauten lassen.

„Wir kennen die Vorgehensweise schon von der so genannten Inklusionsstrategie der Ministerin. Die Probleme blendet sie konsequent aus und die Rahmenbedingungen redet sie schön“, so Franzen.



Heike Franzen, bildungspolitische Sprecherin

Justiz hat mit aktueller Belastungssituation zu kämpfen CDU fordert fünf zusätzliche Stellen für Staatsanwaltschaften

Die CDU-Landtagsfraktion fordert in einem Antrag für die kommende Landtagssitzung eine personelle Verstärkung der Staatsanwaltschaften im Land. Die justizpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Barbara Ostmeier, verlangt aufgrund der wachsenden Belastungssituation mindestens fünf zusätzliche dauerhafte Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte.

„Genau wie im Bereich der Polizei nimmt auch in der Justiz die Aufgabendichte deutlich zu. Die CDU-Fraktion hat bereits an verschiedenen Stellen aufgezeigt, dass Gerichte und Staatsanwaltschaften dem kaum noch Herr werden können. Die extreme Dauer einiger Verfahren ist hierfür ein klarer Beleg“, erklärte Ostmeier.

Die zusätzlichen Stellen bei den Staatsanwaltschaften sollen nur ein erster Schritt sein. Ziel sei es, dass die ganze Justiz mit der Entwicklung der Belastungssituation Schritt halten kann. Um besser reagieren zu können, müsse die Aufgabendichte in den jeweiligen Bereichen der Justiz

geprüft werden. Nur so könne gewährleistet sein, dass die Justiz ihre Aufgaben dauerhaft bewältigen kann.

„Das ist kein Selbstzweck sondern entspricht dem Rechtsgewährungsanspruch eines jeden Bürgers in Schleswig-Holstein, auch vor dem Hintergrund einer steigenden Klagebereitschaft Betroffener“, so Ostmeier.

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3700/drucksache-18-3730.pdf>



Barbara Ostmeier, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de